



Alles muss raus!

Das Handelsabkommen TISA
und die falschen Freunde
öffentlicher Dienstleistungen



Vereinte Dienstleistungs-
gewerkschaft ver.di
Landesbezirk
Niedersachsen-Bremen

ver.di sagt:
„öffentlich ist wesentlich“



Landesbezirk
Niedersachsen-Bremen

Einleitung	3
Teil I: Hintergründe zu TISA	5
Konzernlobbyisten – die falschen Freunde öffentlicher Dienste	6
Top secret! Geheimer als geheim!.....	7
Das Ziel: Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen	9
Einmal privat – immer privat	10
Betroffene Branchen und Sektoren	12
Finanzdienstleistungen	12
Telekommunikation und Datenschutz.....	13
Gesundheitsdienstleistungen	15
Einzelhandel.....	16
Paketdienste.....	16
Teil II: Unsere Alternativen	17
Öffentlich ist wesentlich	17
Geld ist genug da.....	17
Stärkung des Wohlfahrts- und Sozialstaats.....	19
Unser Leitbild: Gute Arbeit für alle.....	20
Fazit	21
Anhang	
Quellenangaben	23
Foto- und Grafiknachweise	24
Literaturangaben	24
Glossar.....	25
Konferenzbeschluss.....	26
Impressum	im hinteren Umschlag

Einleitung

Seit Anfang 2013 verhandeln die Europäische Union und die USA über ein gemeinsames Handelsabkommen: die sogenannte Transatlantic Trade and Investment Partnership, kurz **TTIP** genannt. Die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zu diesem und ähnlichen Abkommen sind klar: Transparente Verhandlungen, kein Investorenschutz und kein Abbau von Arbeits-, Umwelt-, Verbraucher- und Sozialstandards.

Das gilt auch für das wesentlich weiter fortgeschrittene Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada, **CETA** genannt. Der DGB hält dieses Abkommen, dessen Text inzwischen auf 1.500 Seiten vorliegt, für „so nicht zustimmungsfähig“. Die CETA-Verhandlungen müssen wieder aufgenommen werden und der Text muss an verschiedenen Stellen grundlegend überarbeitet werden, heißt es in einem Positionspapier des DGB. Vor allem das Kapitel zum Investorenschutz stößt bei den Gewerkschaften auf Kritik.



Während die Handelsabkommen TTIP und CETA in der Öffentlichkeit, gestützt durch Medien und Kampagnen, eine große Aufmerksamkeit erhalten, läuft halbwegs unterhalb des Radars der öffentlichen Wahrnehmung etwas, das die zuständige Berichterstatterin des Europäischen Parlaments, Viviane Reding, als „größtes und weitreichendes Handelsabkommen aller Zeiten“ beschreibt, mit Namen Trade in Services Agreement (**TISA**). TISA sei einzigartig in der Reichweite, aber auch in dem wirtschaftlichen und politischen Gewicht. „Wir müssen die Verhandlungen mit Argusaugen beobachten und unbedingte Transparenz einfordern. Hier tickt eine Zeitbombe, nur keiner hat sie bemerkt“, so die ehemalige Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Justizkommissarin Reding. [1]

Die Hintergründe zum TISA-Abkommen beleuchten wir im ersten Teil unserer Stellungnahme. Im zweiten Teil gehen wir auf unsere ver.di-Alternativen zur weltweiten Liberalisierung und Privatisierung ein.

Wir wollen diesem neoliberalen Zeitgeist offensiv begegnen und ihn bekämpfen, wo immer diese Ideologie zum Ausverkauf des Sozial- und Wohlfahrtsstaates und zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ihr Unwesen

treibt. Ja, es gibt Alternativen! Wir reklamieren „öffentlich ist wesentlich“ und meinen damit den Erhalt der „öffentlichen Daseinsvorsorge“ für die Bürgerinnen und Bürger. Und wir wollen den Ausbau öffentlicher Dienste, wollen die Rekommunalisierung, wo immer es geht.

Dies alles kostet Geld, natürlich. Und deshalb schlagen wir eine umfassende Steuer- und Finanzreform vor. Denn ohne Umverteilung zwischen starken und schwachen Schultern, zwischen Arm und Reich geht es nicht. Die öffentliche Hand hat kein Ausgabe-, sondern ein Einnahmeproblem. Geld ist genug da – nutzen wir es, im Interesse der Menschen in einer globalisierten Welt.

Mein besonderer Dank gilt den Mitgliedern des Europabeirats des ver.di-Landesbezirks, die diese Stellungnahme in bewährter Weise mit viel Engagement für uns erarbeitet haben. Bedanken möchte ich mich außerdem bei Jürgen Buxbaum von der Internationalen der Öffentlichen Dienste für seine hilfreichen Hinweise und Anregungen.

Sonja Brüggemeier
stellv. ver.di-Landesbezirksleiterin
Niedersachsen-Bremen

Teil I: Hintergründe zu TISA

Von seiner Dimension ist TISA das umfangreichste Handelsabkommen, das derzeit verhandelt wird. Während TTIP und CETA vor allem den Handel mit materiellen Gütern im europäischen Raum zum Inhalt haben, hat TISA die weltweite Liberalisierung und Privatisierung von Dienstleistungen zum Ziel. Diese bilden einen riesigen Markt in Europa. Ein Großteil der Wirtschaft und über zwei Drittel der Jobs sind diesem Bereich zuzuordnen. Diese Märkte sind im Rahmen der WTO durch das GATS-Abkommen 1994 für ausländische Anbieter geöffnet worden. Doch seitdem ist wenig passiert. Seit 2000 wird GATS neu verhandelt mit dem Ziel einer fortschreitenden Liberalisierung. Doch die Gespräche stocken.

Diesen Stillstand will eine große Gruppe aus 51 Ländern (hauptsächlich OECD), die sich den ironisch anmutenden Namen „Really Good Friends of Services“ gegeben haben und mehr als zwei Drittel des globalen Handels mit Dienstleistungen repräsentieren, beenden. Die „wirklich guten Freunde“ sind USA und EU, Industriestaaten wie Japan und Südkorea, aber auch Schwellenländer wie Mexiko und Türkei. Insbesondere die USA erwarten eine Steigerung ihrer Exporte von Dienstleistungen um 600 Milliarden Euro. Europäische Konzerne haben größere Anteile auf Märkten wie Australien, Hongkong, Taiwan oder Chile, die ihre Finanzindustrie bisher abschotten, im Blick.

An TiSA-Verhandlungen beteiligte Nationen:



aus: know-ttip.eu

Die EU-Kommission und das Parlament fordern, TISA so anzulegen, dass es ohne weiteres in die WTO integriert werden kann. Doch unterscheiden sich die Verhandlungen grundsätzlich von früheren Verhandlungen mit mehreren Seiten, da wichtige Teilnehmer (insbesondere die USA) nicht bereit sind, die Ergebnisse auf andere WTO-Länder zu übertragen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Unversöhnlichkeiten ist mit einem Alleingang außerhalb der WTO zu rechnen, der die Welthandels-Organisation möglicherweise aushebelt. Aus US-amerikanischer Sicht kommt den Handelsabkommen eine enorme geopolitische Bedeutung zu – es geht also auch um (Groß-) Machtpolitik.

Konzernlobbyisten – die falschen Freunde öffentlicher Dienste

Obwohl die TISA-Verhandlungen in Genf – dem Sitz der WTO – geführt werden, finden sie außerhalb der Zuständigkeit der WTO statt. Die handelnden Akteure sind die entwickelten Länder und multinationale Dienstleistungskonzerne. Der Impuls für das Abkommen ging von den Lobbyisten transnationaler Konzerne aus, die mit dem Stillstand der WTO-Verhandlungen unzufrieden waren. Die „Coalition of Service Industries“ [2] mit dem Vorsitzenden Samuel Di Piazza (leitender Bankier der Citigroup) erklärt, dass die TISA-Länder „Regulierungen innerhalb ihrer Grenzen ändern oder ganz abschaffen sollten.“ Banken, Versicherungen, Medien und andere Unternehmen mit globaler Geschäftstätigkeit sollen in einem Umfeld mit marktorientierten und nicht vom Staat vorgegebenen Bedingungen handeln können. Somit würde es perspektivisch keine öffentlich erbrachten oder regulierten Dienstleistungen mehr geben, sondern ausschließlich die Prinzipien der Marktwirtschaft gelten.

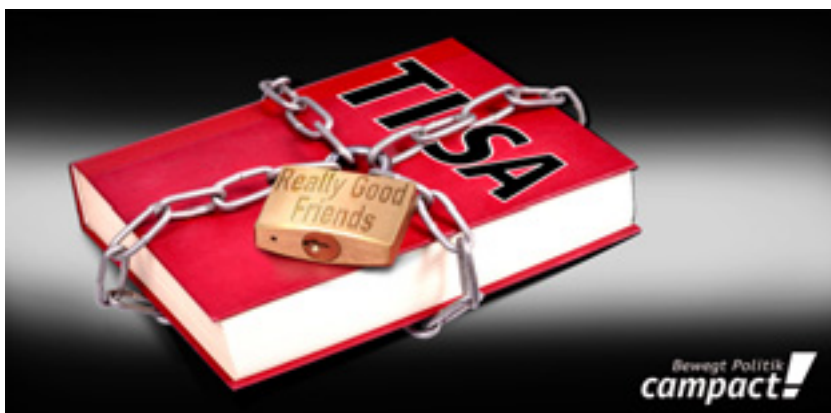


Der US-amerikanische Dienstleisterverband Coalition of Services Industries (CSI) und das European Services Forum (ESF) [3] drängen ihre Regierungen und die EU-Kommission, die Erwartungen an die Liberalisierungen zugunsten der Konzerne zu erfüllen. Zu diesem Zweck gründeten sie die Global Services Coalition (GSC), der außerdem Unternehmerverbände aus Australien, China, Brasilien, Japan, Kanada und anderen Ländern angehören (bezeichnenderweise auch aus Steueroasen wie Barbados und St. Lucia). Als eigener Verband ist in dieser GSC auch in The City UK, also dem Finanzzentrum der Londoner City, vertreten.

Im Dezember 2011 musste die WTO-Ministerkonferenz in Genf offiziell erklären, dass die Verhandlungen festgefahren sind – die ärmeren Länder waren ohne zusätzliche Gegenleistungen der USA nicht zu weiteren Zugeständnissen bereit. Daraufhin konnte die GSC die Unterstützung der Regierungen von zunächst 50 Staaten für das Vorhaben gewinnen (aktuell hat sich Uruguay angeschlossen, so dass jetzt 51 Staaten verhandeln), ein Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen außerhalb des multilateralen Rahmens der WTO abzuschließen. Erste Verhandlungen haben die 50 Staaten, auf die etwa 70 Prozent des Welthandels entfällt, im Februar 2012 aufgenommen. Ein Jahr später gab der EU-Ministerrat, in dem die einzelnen Mitgliedstaaten Sitz und Stimme haben, sein Verhandlungsmandat an die Europäische Kommission ab. Im Juli 2013 konnten die „wirklich guten Freunde“ auch das EU-Parlament für sich gewinnen. Die Mehrheit äußerte sich in einem Entschließungsantrag „erfreut über die Einleitung von Verhandlungen“.

Top secret! Geheimer als geheim!

Verhandelt wird TISA seit April 2013 geheim hinter verschlossenen Türen in Genf. Während die EU-Kommission im Juli 2014 drei Verhandlungsdokumente und im Februar 2015 das Mandat veröffentlichte, ist aktuell offiziell nichts über die Forderungen und Standpunkte der anderen Verhandlungspartner zu erfahren – mit einer Ausnahme: Nur die Schweiz hat ihre Verhandlungsposition veröffentlicht. Die Maßgabe, Teile des Abkommens auch nach Abschluss bzw. Ende der Verhandlungen noch weitere fünf Jahre geheim zu halten, widerspricht sicherlich allen demokratischen Prinzipien und ist nicht zu akzeptieren. Diese extreme Geheimhaltung scheint allein dem Ziel zu dienen, dass die Verhandlungsrunden ohne Rücksicht auf nationale Belange stattfinden können und die Politik von jeder Verantwortung für ihre Rolle beim TISA-Abschluss entbunden wird.



Offiziell ist das Ziel die „Ausweitung von Handelsbeziehungen“ und neues „Wirtschaftswachstum“, durch die Schaffung von Marktzugängen und die Reduzierung angeblicher Handelshemmnisse. Doch in TISA geht es um mehr als nur um den Handel von zurzeit noch staatlichen Dienstleistungen. Perspektivisch werden Handlungsfreiräume von Regierungen in vielen Bereichen eingeschränkt, so z.B. beim Patentschutz, bei Lizenzierungen und Auftragsvergaben von Kommunen. Politische Entscheidungen über die Rechte ausländischer Investoren sowie über die Regulierung öffentlicher Dienste im allgemeinen Interesse werden drastisch eingengt – mit weitreichenden Folgen in Bereichen Beschäftigung, Umwelt oder Internetfreiheit.

Zum Thema Investitionsschutz gibt es widersprüchliche Aussagen. Während eine Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der LINKEN am 26. Juni 2014 angibt, dass „keine Regelungen zum Investitionsschutz verbunden mit Streitschlichtungsmechanismen im TISA-Abkommen enthalten sein werden“ [4], schließen Experten dieses Instrument nicht aus, da bestimmte TISA-Teilnehmerländer, darunter die USA, Kanada und möglicherweise auch die EU, ein entsprechendes Verfahren vorsehen. Der Vorschlag von EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, anstelle von privaten Schiedsstellen einen internationalen Gerichtshof zu installieren, stößt in den USA auf Ablehnung. Die USA haben sich bisher strikt geweigert, irgendein internationales Gericht zu akzeptieren, das über der US-Verfassung steht.

Weitere Widersprüche betreffen die europäischen Datenschutzbestimmungen, da amerikanische Konzerne und Behörden die Freigabe von persönlich geschützten Daten bereits fest im Blick haben.

Das Ziel: Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen

Oberste Priorität der TISA-Verhandlungen ist, Privatisierungen in allen Bereichen voranzutreiben und zu verhindern, dass die einmal dem Markt bzw. dem Privatsektor überlassene Dienstleistungen wieder von der öffentlichen Hand übernommen werden können. Deshalb agieren die „wirklich guten Freunde“ nach dem Motto: Alles muss raus – privat geht vor Staat!

Der Journalist Raoul Marc Jennar schreibt dazu: „Die Liberalisierung bedeutet Unterwerfung unter die Spielregeln eines Wettbewerbs, der durch keinerlei Sozial-, Gesundheits- oder Umweltgesetzgebung behindert werden darf. Also weder durch ein Arbeitsrecht, das die Rentabilität einer Investition schmälern könnte, noch durch die Anwendung des Vorsorgeprinzips, das die Bilanzen belastet, oder durch Emissionsgrenzwerte für die Industrie.“ [5]

Nach Auffassung des Vorsitzenden der Coalition of Services Industries, Samuel Di Piazza, sollten Banken, Versicherungen, Medien und andere Unternehmen mit globaler Geschäftstätigkeit in einem Umfeld mit „marktorientierten und nicht vom Staat vorgegebenen“ Bedingungen handeln können. In der TISA-Zukunft würden öffentlich erbrachte und regulierte Dienstleistungen nicht mehr existieren, sondern „die Prinzipien der freien Marktwirtschaft sind bestimmend für Investitionen und Erbringung von Dienstleistungen in einem transnationalen Maßstab.“ [6]

Eine wichtige Forderung der US-Dienstleistungslobby lautet, dass jede neue Dienstleistung vollständig und automatisch den TISA-Geboten des freien Marktzugangs unterworfen wird: Es soll dafür gesorgt werden, dass „alle neuen Dienstleistungen, die aufgrund technologischer Innovationen in einer unter das Abkommenden fallenden Kategorie gehandelt werden können, ohne weitere Verhandlungen erbracht werden können.“ [7]

Öffentliche Dienstleistungen unterscheiden sich in einem wesentlichen Punkt von anderen Sektoren einer Volkswirtschaft: Öffentliche Institutionen spielen bei ihrer Regulierung, Erbringung und/oder Finanzierung eine große Rolle. Damit geht ein Regelwerk einher, das öffentliche Dienstleistungen der Kommerzialisierung vollständig oder in weiten Teilen entzieht. Auf diese Weise wird garantiert, dass in einer Gesellschaft grundlegend wichtige Dienstleistungen (z. B. Gesundheit, Verkehr, Pflege, Sicherheit, Bildung) ausreichend, bezahlbar und universell verfügbar sind.

Handelsabkommen stehen im Widerspruch zu diesem Prinzip. Ihr Ziel ist die Liberalisierung und Kommerzialisierung auch öffentlicher Dienstleistungen. Jonathan Kellner, bis vor kurzem ein leitender US-Handelsbeauftragter, sagte: „Bei den modernen Handels- und Investitionsabkommen geht es nicht mehr so sehr um die Abschaffung von Zöllen, sondern vielmehr um einen Angriff auf die politische Entscheidungsautonomie von Staaten innerhalb ihrer eigenen Grenzen.“ [8]

Mit dem Argument der „Nichtdiskriminierung“ von Anbietern soll die Enteignung staatlichen Handelns durchgesetzt werden. Ausländische Anbieter und Investoren sollen genauso behandelt werden wie inländische. Dabei ist es egal, ob inländische Anbieter öffentlich, gemeinnützig oder privat sind: Es gilt die Regel, dass alle Vorteile, die inländischen Anbietern und Investoren gewährt werden, auch ausländischen zu gewähren sind. Dies kann etwa Subventionen betreffen, die entweder für inländische Anbieter abzuschaffen oder auch ausländischen Anbietern zu gewähren sind. Es kann aber beispielsweise auch staatliche Monopole, Bedarfsprüfungen, Qualifikationen oder die Bevorzugung kommunaler sowie gemeinnütziger Unternehmen erschweren bzw. unmöglich machen. Genau hierin besteht die Gefahr von Handelsabkommen wie TISA.

Öffentliche Dienstleistungen müssen deshalb in Handelsabkommen grundsätzlich ausgeschlossen werden. Die alleinige Aufnahme von Ausnahmeklauseln reicht nicht aus:

- Erstens werden Ausnahmeklauseln aufgrund des neoliberalen Ansatzes von Handelsabkommen sehr eng ausgelegt.
- Zweitens können bestimmte Branchen in so genannten Negativlisten als nicht zu privatisieren festgelegt werden. Umgekehrt bedeutet das: Alles, was nicht ausdrücklich aufgelistet ist, wird privatisiert. In TISA sind Negativlisten vorgesehen, was den Privatisierungsdruck erhöht. Gerade öffentliche Dienstleistungen verändern sich ständig, können bisweilen auch neu entstehen – deshalb sind Negativlisten eine besondere Gefahr. Demgegenüber wird in sogenannten Positivlisten nur das privatisiert, was ausdrücklich aufgelistet ist.

Einmal privat – immer privat

In Handelsabkommen ist es üblich, manche Ausnahmen mit einer sogenannten Stillstands-Klausel zu versehen. Die Konsequenz ist, dass das heutige und jedes zukünftige Privatisierungsniveau festgeschrieben wird. Eine erfolgte Privatisierung darf dann nicht mehr rückgängig gemacht werden, d.h. einmal privat – immer privat. Solche Klauseln machen es unmöglich, Dienstleistun-

gen wieder zu rekommunalisieren. Eine Weiterentwicklung öffentlicher Dienstleistungen, weg von Marktprinzipien und hin zu einem stärker staatlichen bzw. kommunalen Angebot, wird damit ausgeschlossen.

Viele Kommunen, aber auch einzelne Länder sind dabei, den teuren Irrweg der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wieder rückgängig zu machen und ihre Unternehmen wieder zurückzukaufen. Die Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft in Bremen ist ein aktuelles Beispiel. So haben beispielsweise Berlin und Paris ihre Wasserbetriebe zurückgekauft und London betreibt seine U-Bahn wieder öffentlich, weil dem privatisierten System der technische Kollaps drohte.



Da mit Inkrafttreten des TISA-Abkommens der Stand der Privatisierung zementiert wird, würde das für Deutschland bedeuten, dass die Privatisierung von Post, Bahn und Telekom nie wieder rückgängig gemacht werden könnte. Auch zukünftige Privatisierungen würden unter die sogenannte Stillstandsklausel fallen und dürften nicht wieder in die öffentliche Hand zurückgeführt werden. Laut attac wäre das „eine Enteignung der Allgemeinheit zum Wohle der Konzerne.“ [9]

Auf diese Weise entfalten Handelsabkommen eine Dynamik, die von staatlichen und kommunalen Angeboten öffentlicher Dienstleistungen wegführt. Stattdessen regieren Marktprinzipien in immer weiteren Bereichen, greifen Liberalisierung und Privatisierung um sich. Dass es genau hierum bei solchen Abkommen geht, erkennt man u.a. daran, dass bei TISA alle Länder als Anfangsofferte den weitestgehenden Liberalisierungsstand anbieten, den sie in irgendeinem Freihandelsabkommen abgeschlossen haben. Von dieser Offerter ausgehend, werden dann weitere Privatisierungen verhandelt.

Wenn der jeweilige Liberalisierungsstand eines beliebigen Teilnehmers der TISA-Verhandlungen als Maßstab gilt, dann müssen die „Really Good Friends“ z.B.

- die Schulausbildung nach dem Vorbild Panamas,
 - Krankenhausdienstleistungen und medizinische Versorgung nach dem Vorbild der Türkei,
 - die gesamte Bauwirtschaft einschließlich des Baus von Krankenhäusern, Schulen und Straßen nach dem Vorbild Taiwans
 - und den gesamten Bereich Film, Radio, Fernsehen, Theater, Büchereien und Museen nach dem Vorbild der USA
- der Verpflichtung zur Marktöffnung und damit dem globalen Wettbewerb unterwerfen. [10]

Betroffene Branchen und Sektoren

Aus den Geheimverhandlungen zu TISA soll nichts an die Öffentlichkeit dringen. Die Dokumente müssen in einem sicheren, abgeschlossenen Raum oder Container aufbewahrt werden. Doch seit Mitte 2014 sind zunächst drei Dokumente auf der Enthüllungsplattform Wikileaks.org publik gemacht worden; diese betreffen u.a. das Gesundheitswesen. Im Juni 2015 sind weitere 17 geheime Verhandlungsdokumente auf Wikileaks.org veröffentlicht worden. Diese betreffen internationale Finanzdienstleistungen, Postdienste, E-Commerce, maritime Dienstleistungen, Telekommunikationsdienste, Netzneutralität, Datenschutz und Arbeitsmigration.

„Es ist unerhört, dass unsere demokratisch gewählten Regierungen uns Informationen darüber vorenthalten, an welchen Gesetzen sie arbeiten. Was ist aus unserer Demokratie geworden, wenn die Gemeinschaft auf Wikileaks angewiesen ist um herauszufinden, was unsere Regierungen in unserem Namen anstellen?“ fragte Rosa Pavanelli, Generalsekretärin der Internationalen Gewerkschaftsföderation der Öffentlichen Dienste (PSI). [11]



Das TISA-Abkommen wird die Regulierungshoheit von Regierungen einschränken und auf diese Weise verhindern, dass strengere Normen im öffentlichen Interesse durchgesetzt werden, ist sich Pavanelli sicher. Betroffen wären z.B. Umweltschutzgesetze, die Lizenzierung von Gesundheitseinrichtungen und Laboren, Abfallentsorgungsanlagen, Kraftwerken und Schulen, die Akkreditierung von Universitäten sowie die Vergabe von

Rundfunklizenzen. Das vorgeschlagene Abkommen würde ebenfalls die Möglichkeiten von Staaten beeinträchtigen, wichtige Sektoren zu regulieren, dazu gehören Finanzen, Energie, Telekommunikation und grenzüberschreitende Datenströme.

Finanzdienstleistungen

Ein vertrauliches US-Dokument, das im Juni 2014 auf Wikileaks veröffentlicht wurde, gewährt einen interessanten Einblick in die Verhandlungen über die Finanzdienstleistungen, inklusive der von Post und Versicherungen angebotenen Leistungen. Die Lektüre macht deutlich: Auch nach der 2008 ausgebrochenen Finanzkrise ist der Wille zur weiteren Deregulierung des gesamten Sektors ungebrochen. Zu den Restriktionen, die zusätzlich beseitigt oder von

vornherein verhindert werden sollen, gehören Größenbegrenzungen für Finanzinstitute, Beschränkungen beim Geldtransfer, von staatlichen Monopolen, von Offenlegungspflichten bei Geschäften in Steueroasen oder von Kontrollen von Spekulationskapital. Damit dürfte eine Kontrolle der Finanzmärkte künftig generell erschwert werden.

Die Deregulierungsbestimmungen verbieten, dass ausländische Finanzdienstleister mit ihren neuen Finanzdiensten eingeschränkt werden. Es wird gefordert, alle Maßnahmen zu begrenzen oder abzuschaffen, die Finanzdienstleister aus anderen Mitgliedsländern beeinträchtigen, im Markt eines anderen Mitgliedslandes „tätig zu werden, dort als Wettbewerber zu handeln oder sich Zugang zu diesem Markt zu verschaffen.“ [12] Mit anderen Worten: Alle Türen auf den Finanzmärkten: Finanzdienstleister sollen ohne Einschränkung anbieten können, was sie wollen. Konsequenzen aus der Finanzmarktkrise gleich Null.



© Sonja Schoustal-Hoppe

Von der Einschränkung oder Abschaffung der Monopolrechte, auf die sich die EU und die USA dem Papier zufolge schon verständigt haben, könnten auch die deutschen Sparkassen, aber auch die Volks- und Raiffeisenbanken betroffen sein. Die deutschen Sparkassen sind bisher gesetzlich besonders geschützt und müssen dem Gemeinwohl dienen. Dieser Sonderstatus ist den internationalen Banken jedoch ein Dorn im Auge.

Telekommunikation und Datenschutz

Problematisch ist auch der Verhandlungsstand, dass Banken künftig ganz legal Kundendaten ins Ausland weitergeben dürfen. Die USA schlagen in dem Dokument vor, dass jedes TISA-Mitglied Finanzkonzernen erlauben soll, Informationen frei aus seinem Gebiet zu transferieren. „Das ist ein Angriff auf den europäischen Datenschutz“, kritisierte der grüne EU-Abgeordnete Sven Giegold. „Die Gefahr ist, dass zum Beispiel Kontendaten von Bürgern und Firmen aus Europa abfließen – und der US-Regierung und den Geheimdiensten zur Verfügung stehen.“ Nach dem Abhörskandal des US-Geheimdienstes NSA sei dies völlig inakzeptabel. [13]

Ein weiteres im Dezember 2014 veröffentlichtes Dokument des TISA-Vertrages belegt, wie gefährdet der Schutz persönlicher Daten beim Transfer zwischen Staaten ist. Datenschutzregelungen, wie die geplante Datenschutzgrundverordnung der EU, würden ausgehebelt und ad absurdum geführt, falls der vor-

liegende Entwurf beschlossen wird. Es ist leicht vorstellbar, welche Konsequenzen es hat, wenn Daten aus allen Bereichen von Kommunikationsanbietern praktisch ungehindert zwischen Ländern ausgetauscht werden können; so heißt es im Dokument:

„Kein Unterzeichner darf einen Diensteanbieter eines anderen Unterzeichners daran hindern, Informationen zu übertragen, auf sie zuzugreifen, sie zu verarbeiten oder zu speichern. Das schließt persönliche Daten mit ein, wenn der Vorgang in Zusammenhang mit der Ausführung der Geschäfte des Serviceanbieters steht.“ [14]

Die Regelungen gehen so weit, dass sämtliche kommerziellen Datentransfers nicht unter die nationalen Datenschutzgesetze fallen würden. Hier wird also eine staatliche Rechtsvorschrift durch einen Vertrag zwischen Anbietern und Kunden ersetzt. Ein besonderes Interesse daran haben Versicherungen, Banken, Unternehmen und Geheimdienste.

Ein wichtiger Punkt der US-Verhandlungsdelegation, der auch bei der US-Handelskammer höchste Priorität hat, sind Maßnahmen gegen Initiativen, die eine Lokalisierung der Datenspeicherung und eine Einschränkung grenzüberschreitender Datenströme und Datenverarbeitung vorsehen. Unternehmen aus dem Bereich der Cloud-Technologie sind meistens in den USA beheimatet, und US-Firmen dominieren generell den Sektor der Informations- und Kommunikationstechnologie.

Die US-Regierung versucht zudem, Unternehmen davon zu befreien, dass sie in den Ländern einen Firmensitz haben müssen, in denen sie eine Dienstleistung erbringen. Damit bräuchten US-Internet-Konzerne also keinerlei Niederlassung in der Europäischen Union mehr und würden somit auch nicht mehr den EU-Gesetzen unterliegen. Europäische Datenschutzbestimmungen wären dadurch weitgehend ausgehöhlt. Rosa Pavanelli, PSI-Generalsekretärin, teilt diese Bedenken und sagte in einem Statement:

„Es ist damit klar, dass die USA ihre Handelspläne dazu nutzen wollen, Beschränkungen für Daten abzuschaffen, die in anderen Ländern gespeichert oder verarbeitet werden. (...) Es ist ein Skandal, dass Vorkehrungen verhandelt werden, die potentiell Datenschutzgesetze im Unternehmensinteresse umgehen. Die TISA-Verhandlungspartner haben nun das Vertrauen der Öffentlichkeit verloren und können das nur zurückgewinnen, indem sie sofort alle Dokumente veröffentlichen.“ [15]

Gesundheitsdienstleistungen

Neuste Enthüllungen dokumentieren, dass mit TISA weitreichende Veränderungen der staatlichen Gesundheitssysteme erreicht werden sollen. In einem angeblich von der Türkei eingebrachten Konzeptpapier ist davon die Rede, dass das Potenzial für die Globalisierung von Gesundheitsdienstleistungen bei weitem nicht ausgeschöpft sei. Dies liege in erster Linie daran, dass „die Gesundheitsversorgung von staatlichen Institutionen oder Wohlfahrtsorganisationen finanziert und übernommen wird und für ausländische Wettbewerber aufgrund des Mangels an marktorientierten Betätigungsfeldern praktisch nicht von Interesse“ sei. Was nun selbstverständlich geändert werden müsste. [16]



Die Lobbyisten wittern die größten Gewinne in der weiteren Kommerzialisierung des Gesundheitssystems. Für multinationale Konzerne ist das Gesundheitswesen eine Goldgrube, es nicht kommerziell auszuschlachten, wäre aus ihrer Sicht eine unverzeihliche Unterlassung. TISA soll den Weg für einen „Gesundheitstourismus“ zwischen den Staaten ebnen. Für Hüft-OP's oder Kniegelenke sollten Menschen dann in Länder reisen, wo es diese billiger zu haben gibt. Zahlen würden dies weiterhin die Krankenkassen des Heimatlandes. Gesundheitsdienstleistungen sollen weltweit zur Ware werden – zum Nutzen der großen Gesundheitsunternehmen und Versicherungsunternehmen in Höhe von jährlich 6 Billionen US-Dollar, so hoch sind die BIP-Ausgaben für das Gesundheitswesen der 51 Länder, die über TISA verhandeln. [17]

Nach Ansicht der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI) würde das Vorhaben die Gesundheitskosten in den Entwicklungsländern in die Höhe treiben und zu einem Qualitätsverlust in den entwickelten Ländern führen. Während wohlhabende Verbraucher und private Gesundheitsdienstleister davon profitieren, würden finanzielle Mittel aus den staatlichen Gesundheitssystemen abgezogen. Das wäre umso verheerender, als das Abkommen auch vorsieht, dass gescheiterte Privatisierungen nicht wieder in die öffentliche Hand überführt werden können. „Gesundheit ist ein Menschenrecht und ist nicht zu verkaufen oder für den Handel bestimmt. Das Gesundheitssystem existiert, um unsere Familien sicher und gesund zu halten, nicht um die Gewinne der großen Unternehmen zu gewährleisten“, erklärte PSI-Generalsekretärin Rosa Pavanelli. [18]

Einzelhandel

Der US-amerikanische Einzelhandelskonzern Walmart zum Beispiel, ein Mitglied der Coalition of Services Industries, betrachtet TISA als eine Möglichkeit, kommunale Vorschriften für die Flächennutzung und die Filialgrößen auszuhebeln und eigene Bebauungs- und Flächennutzungspläne zu erstellen. Das öffentliche Interesse an fußgängerfreundlichen Stadtteilen mit wenig Lärm und ohne negative Auswirkungen auf Arbeitnehmer infolge verlängerter Öffnungszeiten, der Erhalt historisch und kulturell wertvoller Gebiete und andere Erwägungen könnten von den „Really Good Friends“ den kommerziellen Interessen von Walmart geopfert werden. Walmart erwartet von TISA ebenfalls eine Beendigung der Verkaufsbeschränkungen für Alkohol und Tabak, dieser Bereich fällt oft unter die juristische Zuständigkeit der Bundesstaaten und Kommunen.

Die amerikanische National Retail Federation, die Lobbyarbeit für transnationale Einzelhandelsketten betreibt, erwartet, dass die „Really Good Friends of Services“ sich dafür einsetzen, dass „Regelwerke gelockert werden, die Auswirkungen auf den Einzelhandel haben, einschließlich der Größeneinschränkung von Verkaufsflächen und der Öffnungszeiten, die zwar nicht unbedingt diskriminierend sind, aber doch die Fähigkeit großer Einzelhandelsunternehmen beeinträchtigen, wirtschaftlich zu arbeiten...“ [19]

Paketsdienste

Geht man davon aus, was sich die Lobbyisten der Zustelldienste wünschen, könnten auf die Post- und Kurierdienste erhebliche Veränderungen zukommen. Die Express Association of America, die transnationale Großkonzerne wie UPS und FedEx vertritt, erwartet nach eigener Aussage von TISA:

- die Beseitigung aller Regelungen zugunsten öffentlicher Postdienste,
- die Beseitigung von Lizenzierungsanforderungen für die Anbieter von Express-Versandanbietern und
- die Beseitigung der Vorschrift für Express-Versandanbieter, Beiträge in einen Universaldienstfonds zu zahlen.

FedEx zum Beispiel hat in seiner TISA-Vorlage an den US-Handelsbeauftragten „gleiche Wettbewerbsbedingungen“ für private und öffentliche Zustelldienste gefordert sowie die Beseitigung „regulatorischer Vorteile, die den nationalen Postdiensten traditionsgemäß gewährt werden“. [20]

Teil II: Unsere Alternativen

Öffentlich ist wesentlich

Die marktradikale und neoliberale Ideologie des „Privat vor Staat“ hat in den letzten 30 Jahren zu einer weitreichenden Entstaatlichung und damit zu einer Schwächung der öffentlichen Dienstleistungen geführt. Dieser Entsolidarisierung in der Gesellschaft haben wir als ver.di zu Recht unsere Alternative „Öffentlich ist Wesentlich – für eine demokratische und soziale Gesellschaft sowie für gute Arbeit“ entgegengesetzt. Die weitere Privatisierung öffentlichen Eigentums muss gestoppt und privatisierte oder ausgelagerte Einrichtungen und Unternehmen wieder in öffentliche Hände überführt werden.

Deshalb spricht sich ver.di ohne Einschränkungen gegen den Abschluss des Handelsabkommens mit Dienstleistungen in TISA aus. Der Schutz und Ausbau öffentlicher Dienstleistungen ist uns wichtiger als eine weitere Privatisierungsoffensive. Wichtige Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, wie z.B. Bildung, Gesundheit, Wasser, Verkehr oder Energie, dürfen nicht privatisiert werden. Sie müssen für alle zugänglich sein und den hohen qualitativen, sozialen und umweltpolitischen Standards genügen.

Die weltweite drohende Welle von Privatisierungen öffentlicher Dienste führt zu einem Verlust gesellschaftlicher Steuerungsfunktion und damit zu einer ernsthaften Gefahr für unsere Demokratie. Von den derzeitigen Verhandlungen über die internationalen Handelsabkommen TTIP, CETA und TISA profitieren lediglich multinationale Konzerne und internationale Investmentunternehmen. Bestehende Standards im Arbeits-, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutz dürfen jedoch nicht Konzern- und Kapitalinteressen geopfert werden.

Geld ist genug da

Der Erhalt und Ausbau wichtiger öffentlicher Dienstleistungen der Daseinsvorsorge ist ohne einen finanzstarken Staat nicht zu realisieren. Dem derzeit vorherrschenden Muster der privaten Reichtumskonzentration bei gleichzeitiger Verarmung öffentlicher Haushalte muss entschieden entgegengetreten werden. ver.di hat mit der Kampagne „Gerecht geht anders – Für einen Politikwechsel“ bereits zahlreiche Instrumente für eine sozial gerechte Verteilung aufgezeigt. [21] Dazu gehören u.a.:

- die Wiedereinführung einer verfassungsgemäßen Vermögenssteuer (plus 20 Mrd. Euro)
- die Reform der Erbschaftssteuer auf Grundlage des Bundesverfassungsgerichts (plus 5 Mrd. Euro)
- eine Vermögensabgabe von Millionären und Milliardären (für 10 Jahre plus 30 Mrd. Euro jährl.)
- ein besserer Steuervollzug und eine wirksamere Bekämpfung von Steuerbetrug (plus 12 Mrd. Euro)
- eine Reform der Umsatz- und Unternehmenssteuer (plus 22 Mrd. Euro)
- die Anhebung des Spitzensteuersatzes
- die Umsetzung einer internationalen Finanztransaktionssteuer (plus 10 Mrd. Euro)
- die Einführung einer Börsenumsatzsteuer
- die Schließung der Steueroasen und die Verhinderung von Steuerflucht.



Die Landesregierungen in Niedersachsen und Bremen müssen sich für die Erhöhung ihrer Einnahmen politisch einsetzen. Allein durch die Reform der Vermögens- und Erbschaftsteuer hätte Niedersachsen 2,4 Milliarden Euro und Bremen 300 Millionen Euro jährlich mehr in der Haushaltskasse. Dazu ist es dringend erforderlich, die Steuerverwaltung personell so auszustatten, dass sie die Einnahmen des Staates sichert. Hierzu gehört u. a. auch die Erhöhung der Zahl der Betriebsprüfer.

Statt TISA sollte ein internationales Steuerabkommen verhandelt werden. Die „wirklich gute Freunde“ könnten sich beispielsweise für eine sozial gerechte Steuerpolitik einsetzen, die das Prädikat „umfairteilen“ verdient, die Steuern auch eintreibt und Steuerflucht verhindert, die den steuerlichen Unterbietungswettbewerb in Europa beendet und Steueroasen schließt. Allein durch diese letzte Maßnahme würden die EU- Mitgliedsstaaten in die Lage versetzt, ihre sozialen Sicherungssysteme zu refinanzieren und ihre Daseinsvorsorge auszubauen.

Der französische Ökonom Gabriel Zucman schlägt dafür einen „Aktionsplan“ aus drei Elementen vor: Der Schaffung eines weltweiten Wertpapierregisters (in Schweden bereits vorhanden), der Einführung eines automatischen Informationsaustausches zwischen den Staaten und der Einführung einer weltweiten Kapitalsteuer. Zucman hält den Plan für machbar und bietet dafür überzeugende Argumente. [22] Internationale Abkommen, die eine Umsetzung

dieses „Aktionsplans“ zum Ziel hätten, würden den Staaten die finanziellen Mittel (zurück)geben, umfassende Konzepte der öffentlichen Daseinsvorsorge zu realisieren und die sozialen Sicherungssysteme wieder auszubauen.

Ziel aller steuer- und finanzpolitischen Maßnahmen muss es sein, die Entwicklung der Ungleichheit zwischen Arm und Reich zu stoppen und dem Staat die sozialpolitische Handlungsfähigkeit zurückzugeben.

Stärkung des Wohlfahrts- und Sozialstaats

Durch die geplanten Handelsabkommen steht mehr auf dem Spiel als die Dienstleistung als solche. Das gesamte System der sozialen Sicherung mit den drei Säulen der gesetzlichen Sozialversicherung, der sozialen Versorgung und der Sozialfürsorge könnte zur Disposition stehen. Die deutsche Sozialversicherung basiert auf dem Prinzip der Solidarität, ist aber nicht eine hoheitliche Aufgabe im engen Sinne der Handelsdefinitionen. Damit steht die Privatisierung auch dieses Kerns des Sozialstaats, nämlich die Versicherungen gegen Krankheit, gegen Arbeitslosigkeit und Altersrente zur Disposition. Amerikanische Verhältnisse in denen massenweise Menschen ohne Krankenversicherung leben müssen, können Realität werden.

Hier wird deutlich, dass es um einen schweren Angriff auf den demokratischen Staat und seine politische Verantwortung geht. Das Sozialstaatsprinzip verpflichtet nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts den Staat zur Herstellung einer gerechten Sozialordnung:

„Es wird ausdrücklich klargestellt, dass der Staat die Pflicht zur Herstellung einer gerechten Sozialordnung, insbesondere zum Ausgleich sozialer Gegensätze, zur Gewährleistung sozialer Sicherheit und zur Absicherung der allgemeinen Lebensrisiken hat (Artikel 20b Grundgesetz).“ [23]

Die Verwirklichung dieser sozialen Dimension der Demokratie darf den politischen Auseinandersetzungen und politisch Verantwortlichen nicht auf diesem Umweg genommen werden. Es gilt, dieses verfassungsstaatliche Prinzip zu stärken, damit die Bundesrepublik Deutschland nicht als Deutschland AG zum Appendix internationaler Konzerne verkommt. Ein Verfassungsstaat dient der Begrenzung von Herrschaftsmacht, möglicher privilegierter Interessengruppen gegenüber der Allgemeinheit. Wenn dieses Prinzip nicht mehr gilt, also die Begrenzung konstituierter Herrschaftsmacht faktische aufgelöst wird, ist die Demokratie in Gefahr.

Die EU-Politik hat den Nationalstaaten durch die Etablierung einer reinen Wirtschaftsunion – unter Verzicht auf eine Sozialunion – die Möglichkeiten der Umverteilung mehr und mehr entzogen, während die politische Verantwortung für das soziale Wohlergehen der Menschen bei den Nationalstaaten geblieben ist. [24] Der enge Zusammenhang von ökonomischer Umverteilung und sozialer Ungleichheit kommt hier zum Vorschein.

In diesem Konflikt zwischen EU und Nationalstaaten kommt der ökonomischen Dimension der Daseinsvorsorge eine hohe Bedeutung zu. Starke und vielfältige öffentliche Dienste bilden in Zeiten der ökonomischen Krise einen Beschäftigungspuffer zur Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität. [25] Eine solide Finanzierung dieser Dienste von allgemeinem Interesse ist dazu erforderlich. Die politischen Gestaltungsaufgaben sind vor dem Hintergrund des demographischen und sozialstrukturellen Wandels unserer Gesellschaft nur mit guten öffentlichen Dienstleistungen möglich, die die Steuerungs- und Handlungsmöglichkeiten der Politik erhalten.

Unser Leitbild: Gute Arbeit für alle

Unser Leitbild für die Gestaltung der Arbeit der Zukunft heißt „Gute Arbeit“. „Gute Arbeit“ steht für eine moderne, humane Arbeitswelt. Die Basis dafür sind unbefristete Arbeitsverhältnisse, strikt geregelte Leiharbeit und Eindämmung prekärer Beschäftigung. Im Mittelpunkt stehen für uns die Kriterien gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Mitbestimmung, Mindestlohn und Tarifbindung. Neben existenzsichernden Einkommen zielt „Gute Arbeit“ auf eine hohe Qualität der Beschäftigung. „Gute Arbeit“ bedeutet für uns faire Löhne und Arbeitsplatzsicherheit, sozialer Schutz, Gesundheitsschutz sowie eine familienfreundliche Arbeitsorganisation.



Ziel der DGB-Initiative „Gute Arbeit“ in Betrieben und Verwaltungen ist es, die Arbeitsbedingungen und Arbeitsverhältnisse der Beschäftigten umfassend zu verbessern. Wir wollen eine Dienstleistungspolitik fördern und fordern, die die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für bedarfs-

gerechte und hochwertige Dienstleistungen und damit für „Gute Arbeit“ schafft. Die Initiative „Gute Arbeit“ ist unsere Alternative zu einer Politik, die den durch Arbeitslosigkeit, Krise und Unsicherheit betroffenen Menschen einreden will, dass jede Arbeit besser ist als keine Arbeit.

Fazit:

Nicht nur Gewerkschaften und Verbraucherschützer sehen erhebliche Gefahren, die von TISA ausgehen. Globalisierungskritiker wie attac bringen ihre Befürchtungen wie folgt auf den Punkt: „TISA ist ein neuer Angriff auf die Demokratie: auch neu gewählte Regierungen müssen den Vertrag umsetzen und werden dadurch in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Finanzwesen, Ver- und Entsorgung werden einem internationalen Wettbewerb unterworfen. Besonders betroffen sind Kommunen. Privatunternehmen werden nur die Bereiche kaufen, die Gewinne abwerfen. Die verlustträchtigen Teile bleiben an den Gemeinden hängen. Diese werden die Beiträge erhöhen müssen, denn sie können die Verluste nicht mehr ausgleichen.“ [26]

Warum ein so weit- und folgenreiches Handelsabkommen in den Medien und in der Öffentlichkeit so wenig Beachtung findet, liegt an der starken Fokussierung auf TTIP. Chlorhähnchen, Genmais und Hormonfleisch stehen für die Torpedierung europäischer Umweltstandards medienwirksam im Vordergrund. In TISA geht es hingegen um tiefe Eingriffe in arbeitsrechtliche Belange, es geht um die Zukunft öffentlicher Dienstleistungen. Anders als bei TTIP sind diese Eingriffe schwerer an konkreten Beispielen oder Schreckgespenstern festzumachen. Doch gerade dies schürt die Gefahr, dass die Auswirkungen von TISA in so ziemlich alle Lebensbereiche aller Einwohner der 51 Staaten eindringen.

Wenn über Welthandel gesprochen wird, denken viele Menschen an konkrete Produkte, Umwelt- und Verbraucherstandards, doch immer stärker wird mit Dienstleistungen und Know-How gehandelt: Callcenter im Ausland, weltweite



Finanzmärkte, Telekommunikation und E-Commerce. Während der Anteil der materiellen Güter am Handel seit Jahren stagniert, machen Dienstleistungen fast Dreiviertel des Welthandels aus. Insofern versprechen sich die Akteure von TISA viel von der Beherrschung dieses Marktes und ihrer Strategie der hemmungslosen Marktöffnung.

Die TISA-Berichterstatteerin des Europäischen Parlaments, Viviane Reding (EVP), spricht von einem Blankoscheck für die EU-Kommission. Im Herbst 2015 will Reding im Parlament, das am Ende über TISA abstimmen wird, per Resolution festlegen, was zustimmungsfähig ist und was nicht. Nutzen wir unsere Kompetenz und nehmen wir dazu aus gewerkschaftlicher Sicht Stellung:

- gegen Sozialdumping
- gegen Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen
- gegen Aushöhlung des Datenschutzes
- für fairen Handel
- für gute Arbeit weltweit
- für den Ausbau öffentlicher Dienste

Bürgerinnen und Bürger, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen in der Öffentlichkeit deutlich sichtbar und hörbar zu Wort kommen! Nutzen wir dafür alle Gelegenheiten für Diskussionen, Demonstrationen und Protestaktionen!



ANHANG

Quellenangaben

- [1] Spiegel Online, am 23.11.2014
- [2] Mitglieder: 21st Century Fox, ACE Group, AFLAC, AIG, American Council of life insurers, american insurance association, AT&T, BSA the software alliance, CHUBB Corporation, Citigroup, Council of Insurance agents and brokers, deloitte & touche, ebay inc, fedex, google, HP, IBM, JPMorgan Chase, King & Spalding, Liberty Mutual, Mastercard, metlife inc, Mastercard, Metlife inc, microsoft, oracle corporation, property casualty insurers, america, prudential, UPS, Verizon, VISA international, walmart, the walt disney company, white & case; Unterstützer: american bar ass., amerikan consulting engineers council, american institut of architects, express delivery & logistics ass., international ass of drilling contractors, motion picture ass. of america, philadelphia international medicine, retail industry leaders ass.; s. <http://teamtisa.org/about-team-tisa/-coalition-members>
- [3] Mitglieder: 30 große europäische Unternehmen aus den EU-Ländern, darunter Standard Chartered Bank, Clifford Chance, Deutsche Telekom, France Telecom, DHL, Siemens, Telefonica sowie 30 Unternehmensverbände.
- [4] <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/019/1801913.pdf>
- [5] Vorsicht, Tisa! von Raoul Marc Jennar, in: Le Monde diplomatique vom 12.9.2014
- [6], [8], [10], [12], [17]–[20] PSI – TISA-Handel mit Dienstleistungen, Sept. 2014
- [7] Testimony Coalition of Services Industries, 12.3.2013 online, Doc.: D=USTR-2013-0001-0043 <http://www.regulations.gov/#!documentDetail>
- [9] attac Flugblatt – TISA – Angriff auf die öffentliche Daseinsvorsorge, Ffm 2015
- [11] http://www.world-psi.org/sites/default/files/attachment/media/de_tisaleaks_letterhead.pdf
Die Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI) ist eine internationale Gewerkschaftsföderation. Sie vertritt 20 Millionen Frauen und Männer in mehr als 150 Ländern der Welt im öffentlichen Dienst. Die PSI setzt sich für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ein und fördert den universellen Zugang zu hochwertigen öffentlichen Diensten. Die PSI kooperiert mit den Vereinten Nationen und deren Unterorganisationen und arbeitet in Partnerschaft mit anderen Gewerkschaftsorganisationen und Gruppen der Zivilgesellschaft.
- [13] Süddeutsche Zeitung v. 19.6.2014
- [14] Associated Whistleblowing Press mit ihrer lokalen spanischen Plattform filtrala.org
- [15] Netzpolitik.org, am 17.12.2014
- [16] Associated Whistleblowing Press, v. 12.2.2015; <https://data.awp.is/international/2015/02/04/22.html>
- [21] Broschüre „Fair teilen! Höhere Löhne, Steuergerechtigkeit, Sozialstaat stärken“, hrsg. vom ver.di-Bundesvorstand, Bereich Wirtschaftspolitik, 2013
- [22] Gabriel Zucmann – Steueroasen – Wo der Wohlstand der Nationen versteckt ist, Berlin 2014
- [23] Deutscher Bundestag, Drucksache 16/12375, 16. Wahlperiode 20.03.2009
- [24] Asymmetry on the National Level – Member states lose control over some important economic policies, but are still responsible for people's benefits.
www.uni-leipzig.de/~sozio/mitarbeiter/m51/content/dokumente/332/referat_sozialpolitik.ppt
- [25] Difficulties in Social Policies due to Econ Integration: The monetary policy is controlled by ECB. The "stability and growth pact" constrains national financial policies. Liberalization (Privatization) makes it no more possible to use public-sector services and industries as employment buffer. www.uni-leipzig.de/~sozio/mitarbeiter/m51/content/dokumente/332/referat_sozialpolitik.ppt
- [26] in: Reutlinger Nachrichten, 6.6.2015

Foto- und Grafiknachweise

Titelbild: *Caroline Taleb*, www.world-psi.org

S. 3: *TISA contra öffentliche Dienste*, www.world-psi.org

S. 7: *Weltkarte*, <http://know-ttip.eu>

S. 6 / S. 8: *Bewegt Politik campact!* www.campact.de

S. 11: *Volksbegehren in Bremen*, *ver.di-Foto*

S. 12: *Wasser ist Menschenrecht*, *ver.di-Banner*

S. 13: *Euro-Bild*, *Sonja Schoustal-Hoppe*

S. 15: *Gesundheit ist keine Ware*, *ver.di-Logo*

S. 18: *Kein Handel mit öffentlichen Diensten*, www.world-psi.org

S. 20: *Gute Arbeit*, *ver.di-Logo*

S. 21: *Nein zur Liberalisierung von Dienstleistungen*, www.gruene.at

S. 22: *Stoppt TISA*, <https://linksunten.indymedia.org>

S. 24: *TISA-Handel mit Dienstleistungen*, www.world-psi.org

Literaturangaben

ver.di-Bundesverwaltung:

TTIP und TiSA: Eine neue Runde der Liberalisierungen in der EU-Handelspolitik
Juli 2014

ver.di-Landesbezirk Niedersachsen-Bremen:

Leitantrag „Gute Dienstleistungen im 21. Jahrhundert“,
beschlossen von der 4. ordentlichen Landesbezirkskonferenz
Niedersachsen-Bremen, März 2015

Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI):
TiSA contra öffentliche Dienste.

Das Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen (TiSA) und die Agenda der Konzerne, April 2014; www.world-psi.org

Internationale der öffentlichen Dienste (PSI):
TiSA-Handel mit Dienstleistungen.

Abkommen der wirklich guten Freunde transnationaler Konzerne,
September 2014; www.world-psi.org

Thomas Fritz:

TTIP: Die Kapitulation vor den Konzernen,
hg. v. PowerShift, April 2014

Thomas Fritz:

Auf Kollisionskurs mit der Demokratie: TTIP und CETA in Hamburg.
Folgen der EU-Handelsabkommen mit den USA und Kanada,
hg. von campact, Januar 2015
http://www.world-psi.org/sites/default/files/documents/research/report_tisa_ger_lr.pdf



Glossar

CETA: Das Comprehensive Economic and Trade Agreement (Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen) zwischen Kanada und der Europäischen Union enthält weitreichende Handels- und Zollerleichterungen. Es gilt auch als Testfall für das US-amerikanisch-europäische Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP (s. dort).

CSI: Die Ziele der Coalition of Services Industries (Vereinigung der Dienstleistungsunternehmen) sind die Liberalisierung multilateralen Handelns mit Gütern und die Privatisierung von Dienstleistungen. Zu den Mitgliedern dieser Lobbyorganisation gehören die größten, international agierenden US-amerikanischen Unternehmen und US-Konzerne.

ESF: Das European Services Forum (Europäisches Dienstleistungs-Forum) ist ein Unternehmensnetzwerk europäischer Dienstleistungsunternehmen. Es sieht seine Aufgabe darin, aktiv die Liberalisierung und Privatisierung des internationalen Dienstleistungshandels zu fördern.

GATS: Das General Agreement on Trade in Services (Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) ist ein internationales, multilaterales Handelsabkommen der Welthandelsorganisation WTO (s. dort). Es soll den internationalen Handel mit Dienstleistungen regeln und dessen fortschreitende Liberalisierung fördern.

GSC: Die Global Services Coalition (Weltweite Dienstleistungs-Vereinigung) ist ein informeller Zusammenschluss verschiedener, weltweit agierender Unternehmensverbände. Gegründet wurde sie durch die CSI (s. dort) und das ESF (s. dort).

OECD: Die Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) ist eine internationale Organisation mit 34 Mitgliedstaaten, die sich der Demokratie und Marktwirtschaft verpflichtet fühlen. Ihr Ziel ist die globale Förderung von Welthandel und Wirtschaftswachstum auf multilateraler Basis.

PSI: Die Public Services International (Internationale der Öffentlichen Dienste) ist ein weltweiter Zusammenschluss von derzeit 669 Gewerkschaften des öffentlichen Sektors aus 150 Ländern in einer Gewerkschaftskonföderation. Deutsches Mitglied ist die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.

Stillstandsklausel (auch Ratchetklausel): Diese Vertragsklausel besagt, dass keine gesetzlichen Regelungen beschlossen werden dürfen, die den Freihandelsaustausch von Waren, Dienstleistungen, Kapital und allem, was handelbar ist, behindern dürfen. Zusätzlich darf nach einer Einigung der erreichte Status der Liberalisierung und Privatisierung nicht mehr aufgehoben und rückgängig gemacht werden.

TiSA: Das Trade in Services Agreement (Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) soll weltweit Dienstleistungen liberalisieren in Branchen wie Verkehr, Finanzen, Bildung oder Gesundheit. TiSA ist ein Nachfolgeabkommen des internationalen Handelsabkommens GATS (s. dort).

TTIP: Die Transatlantic Trade and Investment Partnership (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft) ist ein Freihandels- und Investitionsschutzabkommen in Form eines völkerrechtlichen Vertrags zwischen der Europäischen Union und den USA. Es zielt auf umfassende Liberalisierung der Handelsbeziehungen und Privatisierung öffentlicher Dienste.

WTO: Die World Trade Organisation (Welthandelsorganisation) beschäftigt sich mit der Regelung von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Ziel der WTO ist der Abbau von Handelshemmnissen und somit die weltweite Liberalisierung des internationalen Handels.

Konferenzbeschluss

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in Niedersachsen und Bremen spricht sich ohne Einschränkungen gegen den Abschluss der Handelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP) sowie dem Handelsabkommen mit Dienstleistungen (TISA) aus. Hierzu haben die Delegierten der 4. ordentlichen Landesbezirkskonferenz Niedersachsen-Bremen im März 2015 folgende Position zu den Handelsabkommen beschlossen:

„Wir setzen uns politisch dafür ein, dass der Verhandlungsstand in vollem Umfang offen gelegt wird. Die Geheimverhandlungen müssen sofort gestoppt werden.

ver.di setzt sich dafür ein, dass alle wesentlichen Mindestarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bei allen internationalen Abkommen ratifiziert werden müssen.

Von den Abgeordneten des Europäischen Parlaments erwarten wir, dass sie auf ein sofortiges Aussetzen der Verhandlungen über TTIP, CETA und TISA drängen, um Mindeststandards und ein Mindestmaß an Transparenz zu vereinbaren.

Die Landesregierungen in Niedersachsen und Bremen müssen sich über den Bundesrat gegenüber Bundesregierung und Bundestag dafür einsetzen, dass die Handelsabkommen sogenannte gemischte Abkommen sind, die unbedingt der Zustimmung der nationalen Parlamente bedürfen und nicht von der EU allein abgeschlossen werden können.“

Redaktion: Anil Atasayar, Ulf Birch,
Jürgen Buxbaum, Manfred Flore, Anja Kramer,
Christoph Kusche, Patrick Schreiner

V.i.S.d.P.: Ulf Birch
ver.di-Landesbezirk Niedersachsen-Bremen
Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Goseriede 10, 30159 Hannover
Tel. 0511/12400-105
Fax 0511/12400-107
Mobil 0170-7812412
Mail: ulf.birch@verdi.de
Internet: www.verdi-niedersachsen-bremen.de

Hannover, im August 2015

Layout & Satz: Annette Lührs, Burgdorf

Druck: Jet-Druck, Hannover

1. Auflage (1.000 Stück)